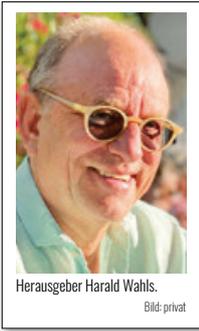


Ist das deutsche Rentensystem überhaupt zu reformieren?

MEINUNG Abendblatt-Herausgeber Harald Wahls über einen Generationenvertrag, der nicht mehr greift



Herausgeber Harald Wahls.

Bild: privat

Ursprünglich war das bismarcksche Rentensystem eine kapitalgedeckte Altersrente und als „Sicherheitszuschuss zum Lebensunterhalt“ konzipiert. Sie wurde erst ab dem 70. Lebensjahr gezahlt – also gar nicht so weit entfernt von dem aktuellen Ziel unserer Politiker. Der staatliche „Kniff“ bestand damals darin, dass Arbeiter zu dieser Zeit eine Lebenserwartung von 45 Jahren (Frauen: 48 Jahre) hatten. So war die Rente zwar eine grundlegende gesellschaftspolitische Errungenschaft, in deren Genuss aber nur wenige Menschen kamen – und es musste nicht sehr lange gezahlt werden. Dieses Konzept sicherte für viele Jahre die Finanzierung der Rente. Die heutigen Politiker versuchen indirekt wieder zu dieser Ausgangslage zurückzukehren. 1957 stellte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer das System in eine umlagefinanzierte Altersrente um – die laufenden Beitragseinzahlungen finanzierten die laufend zu zahlenden Renten. Es handelte sich also um eine Sozialversicherung, die allerdings damals schon zu einem Drittel aus Staatsmitteln bezuschusst wurde. Damit entstand in der Finanzierung der sogenannte „Generationenvertrag“. Die laufenden Einzahler finanzierten im Wesentlichen die Rentner. Dieses System funktionierte heute aber nicht mehr, weil es zu viele Rentner gibt. Das System muss also dringend grundlegend reformiert werden, weil alle Steuerzahler heute schon jährlich mehr als 100 Mrd. Euro in diese Versi-

cherung einschließen müssen. Das deutsche System ist also krank geworden. Andere Länder machen es uns mal wieder einmal vor, wie man ein solches System sanieren kann. Die einen nutzen den Kapitalmarkt zur teilweisen Refinanzierung, andere Länder ziehen schon alle Bürger zur Refinanzierung heran, nicht nur die Arbeitenden. Unser Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, sagte mir, dass es starke Lobbys gäbe, die aus Eigeninteresse seit langem grundlegende Renten-Reformen verhindern würden. Diese Lobbys sind leicht zu identifizieren, wenn man hinterfragt, wem das heutige System nützt. Es sind die Privilegierten, etwa Bezieher von Pensionen, Unternehmen, die nicht noch höhere Kosten tragen möchten. Natürlich sind auch die Versicherungskonzerne zu nennen, denn sie wollen ihr Geschäft sichern und ihren Markt nicht verkleinern, in dem mehr Leute in eine Pflichtversicherung gehen müssten. Ihnen allen ist jedoch das Schicksal des einzelnen Bürgers egal. Für den MdB Dietmar Bartsch (Gruppenvorsitzender Die Linke im Bundestag) ist etwa eine Rente, die sich zusätzlich auf eine Kapitalmarkt-finanzierte Säule stellt, „kapitalistisches, spekulatives Teufelszeug“, so hat er es in einem persönlichen Gespräch mit mir dargestellt. Die Politiker aller Parteien beklackern sich nicht gerade mit Ruhm, wenn es um das Thema Rentenreform geht. Nur so ist die ideologische Blockade von



Auch dieses Paar möchte sich um seine Rente keine Sorgen machen.

Bild: IMAGO / photothek

Partei-Ideologien behindern massiv eine strukturelle Reform – Stoppen Sie das mit Ihrer Wählerstimme! Die Antwort auf die Frage in der Überschrift lautet: Ja, aber es wird dauern. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber wo bleibt der Entwurf einer Langfriststrategie? Werfen wir einmal einen kurzen Blick auf die Geschichte der deutschen Rente, um das Zögern und Zaudern besser zu verstehen. Erstmals wurde der „getreue Staatsdiener“ 1794 durch Friedrich II. im Preussischen Allgemeinen Recht festgeschrieben. Die dienende Aufgabe wurde damit zur „Lebensaufgabe“. Dadurch ergab sich für den Staat die Versorgungsverpflichtung für das Alter der Getreuen, sprich: für die Beamten. Erst fast 100 Jahre später, im Jahr 1889, entstand das bismarcksche Rentensystem. Diese historische Differenzierung ist ein Grund dafür, dass die beiden Sozialsysteme bis heute getrennt betrieben werden.

grundlegenden Reformen zu erklären. Dabei kann man die folgenden Fragen im Sinne aller Menschen in Deutschland lösen und nicht nur im Sinne parteipolitischer Ideologien. **Wer sollte in die Rentenkasse einzahlen?** Vorschlag: alle – auch Beamte, Selbstständige etc. Es wird auf diese Art eine Pflichtversicherung für alle Arbeitenden. Je breiter die Basis, desto niedriger der Beitrag pro Kopf. Die Unternehmen tragen wie bisher die Hälfte der Beiträge. Eine stärkere Digitalisierung der Rentenversicherungsverwaltung würde zudem, bei steigenden Einzahlern, massiv Kosten einsparen und die Beiträge so mit weniger Kosten belasten. Mehr Versicherte, digitalisierte Verwaltung = weniger Verwaltungskosten. Der Vorteil wäre auch, dass die privaten Versicherungen weniger Verwaltungskosten hätten und so deren Auszahlungen außerdem mit weniger Kosten belastet würden. **Warum werden eigentlich heute Rentenbeiträge nur auf abhängige Beschäftigung entrichtet?** Die Lösung: Würde man die Berechnungsbasis auf die „wirtschaftliche Produktivität“ ausrichten, könnte man auch maschinelle Produktivität mit Beiträgen belasten, dies insbesondere mit stärker werdendem Einsatz von Künstlicher Intelligenz. So würde menschliche Arbeit sich nicht verteuern, weil die Beitragsbasis breiter würde. Indirekt macht man es heute über den Umweg der Unternehmenssteuern. Internationale Konzern vertrieben dann allerdings ihre Gewinne ins Ausland, und ihre

technische Produktivität in Deutschland trägt nicht zum Rentensystem bei. Nimmt man die deutsche Produktivität als Basis, gibt es kein Ausweichen mehr. Deshalb war dieser Vorschlag von Richard David Precht eine gute, gesellschaftlich relevante Idee. **Sollte die Beitragsbemessungsgrenze erhöht werden?** Ja unbedingt – das erhöht zwar den Beitrag pro Kopf, aber nur für diejenigen, die es sich auch leisten können. Daraus allerdings eine Art Reichensteuer zu machen, wie Grüne und SPD das wollen, erzeugt natürlich zu Recht Widerstand bei den anderen Parteien, also sollte diese Ideologisierung aus der Diskussion verbannt werden. **Was passiert dann mit den privaten Versicherungen?** Die Versicherungen sind natürlich frei, zusätzliche private Altersversicherungen anzubieten. Die Verpflichtung, in die staatliche Basisversicherung einzuzahlen, bleibt dann jedoch bestehen. Ihr Geschäftsfeld würde wahrscheinlich kleiner werden. Deshalb sind sie gegen die Änderung des bestehenden Systems. Sie müssten attraktivere Verzinsungen für ihre Produkte bieten, die natürlich zu Lasten ihrer bisherigen hohen Gewinnmargen gehen würden, aber es gibt bekanntlich zwei Komponenten für eine gute Marge – Menge und Preis. Die Lösung lautet also, mehr Angebote mit attraktiven Preisen und Verzinsungen. Das nennt man dann „Markt“. **Sollte es eine Kapitalsäule in der Rente geben?** Ja, unbedingt. Norwegen macht es seit 2006 vor. Der staatliche Pensionsfonds ist der größte Rentenfond der Welt und sehr

erfolgreich. Es gibt also kein Argument, es nicht zu tun. Insofern ist der Einstieg unseres Bundesfinanzministers Christian Lindner in dieses Thema klein und leider mit Schulden finanziert, aber es ist besser als gar nichts. Die Gegenargumente, etwa von Herrn Bartsch, sind leider reine klassenkämpferische Ideologie und nicht durch Fakten gedeckt. Es geht hierbei eben nicht um die Spekulation mit Rentenmitteln, sondern um eine langfristige Finanzierungsstrategie. Wenn es sich gut entwickelt, entlastet dies die Rentenkasse, wenn es schlecht läuft, muss der Staat so oder so in die Rentenkasse zahlen, dies tut er aber heute schon in erheblichem Maße, ohne die Chance der Refinanzierung durch den Kapitalmarkt.

Es lohnt sich also, die Chance wahrzunehmen, denn so nutzen wir die weltweiten Kapitalmärkte, um unser Alter besser zu finanzieren. Die Chance hat der Rentner, das Risiko der Staat. Ich schreibe Ihnen das heute, weil wir Bürger, egal ob jung oder schon Rentner, uns die Parteien bei den Wahlen genau ansehen müssen. Nur umzuverteilen, wie Grün und Rot das vorschlagen, ist endlich. Die Zinsen und die Rückzahlung der vielen Schulden werden uns spätestens ab 2028 erdrücken. Trauen Sie den Versprechungen der Umverteilung nicht mehr. Unser Geld geht nämlich zu Ende, wenn wir nicht zu einem neuen Rentensystem kommen. Schauen Sie genau hin, wer was sagt. Eine Reihe der grünen Politiker haben noch nie in ihrem Leben gearbeitet und wollen jetzt das Rentensystem beurteilen. Gleichzeitig werfen sie etwa einem Friedrich Merz vor, dass er in Deutschland für „Blackrock“ (US-amerikanische Investmentgesellschaft) gearbeitet hat. Man muss ja nicht die politische Meinung von Herrn Merz teilen, aber eine Expertise auf dem Gebiet der Vermögensbildung kann man ihm, anders als vielen linken und grünen Politikern, nicht absprechen. Der FDP-Finanzminister versucht offensichtlich ernsthaft, das Rentensystem, auch mit einer Kapitalsäule positiv zu beeinflussen. Schauen wir uns den Verlauf der Diskussion in Ruhe an. Das Berliner Abendblatt wird in Ihrem Sinne bei den Politikern den Finger in die Wunde legen. Seien Sie dabei. Schreiben sie uns per Mail, dann treiben wir das Thema voran. Herzlichst Ihr

Harald Wahls

BERLINER **Abendblatt** Du träumst davon, die Grenzen des Gewöhnlichen zu überwinden? Das Berliner Abendblatt macht es möglich!



nhow
FRANKFURT

Die NFT Skybar ist die höchste Rooftopbar Deutschlands!

Das Berliner Abendblatt präsentiert: Ein Traumwochenende in Frankfurt!

Gewinne mit uns 2 Übernachtungen im exklusiven nhow Hotel, inklusive atemberaubender Abende in Deutschlands höchster Rooftop-Bar – der NFT Skybar!

Das Berliner Abendblatt – Dein Ticket zu den Sternen!

Gewinne ein unvergessliches Wochenende in Frankfurt!

**DU WILLST HOCH HINAUS
GEWINNSPIEL**

2 Übernachtungen für 2 Personen im nhow Frankfurt plus Cocktail in der NFT Skybar auf 184 Metern Höhe!

Ruf jetzt an: **0137 8220 4444**
(Anruf kostet 50 Cent)

Das Gewinnspiel endet am 30. Juni 2024 - 24 Uhr. Die Anreise ist nicht inkludiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

myjob.de
Mein Job & Ich

Pssst ...
Hier gibt es die passenden
JOBS

tipBerlin **BERLINER**
MEDIA GROUP **Abendblatt**

myjob.de ein Produkt der EGRO MEDIENGRUPPE